

BZ-ST-Aufschlagseite

Neues Schulreglement

Stadtrat will Klarheit: Schulreform aufgeschoben

Das neue Schulreglement tritt ein Jahr später in Kraft. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) will heikle Punkte in Ruhe abklären. Auch eine Minderheit der SP ist erleichtert über den Aufschub.

- Bernhard Ott

Die Schulen müssen das nächste Jahr ab sofort wieder nach altem Reglement planen. «Die Stadtratsdebatte zur Totalrevision des Schulreglements findet erst nach den Frühlingsferien statt», sagt FDP-Stadtrat Markus Blatter, Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK). Mit dieser Entscheidung der GPK ist es nicht mehr möglich, das Reglement bereits aufs Schuljahr 2003/2004 in Kraft treten zu lassen, wie dies Schuldirektorin Edith Olibet beabsichtigte. «Die GPK will sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen», begründet Blatter das Vorgehen. Es gelte nun, die «kritischen Punkte» in aller Ruhe abzuklären. Namentlich sei auch der umstrittene Abbau der Oberstufen in den Schulhäusern Bitzios und Brunnmatt nochmals zu überprüfen, betont Blatter. Im Übrigen habe die Kommission vorläufig Stillschweigen über den Inhalt ihrer Verhandlungen vereinbart.

«Regeln der Demokratie»

Edith Olibet zeigt sich auf Anfrage nicht überrascht: «Das sind die Spielregeln der Demokratie», sagt die Schuldirektorin. Die GPK habe das Recht, sich für ihren Entscheid mehr Zeit auszubedingen. Aus schulpolitischer Sicht sei es wichtig, dass die Kommission auf das Geschäft eingetreten sei, betonte Olibet. Zur Kritik am knapp bemessenen Zeitplan will sich die BUI-Vorsteherin nicht mehr äussern. «Nun müssen wir halt nochmals den Kanton um Ausnahmegewilligungen für ungewöhnlich kleine oder grosse Klassen anfragen.» Olibet hatte mehrfach betont, dass die sinkenden Schülerzahlen ungleiche Klassengrössen hervorrufen würden. Eine Reduktion der Oberstufenstandorte von heute 14 auf neu 10 Schulkreise sei daher unumgänglich.

Fraktionen sind erleichtert

Die grösseren Fraktionen im Stadtrat zeigen sich zufrieden mit dem Zeitgewinn. «Die Zahl der Kinder pro Schulklasse kann doch nicht der Grund für eine Strukturreform der Oberstufe sein», sagt Annemarie Sancar (GB/JA/GPB). Der Aufschub biete nun Gelegenheit, die Diskussion über die Schulmodelle zu führen. Auch FDP-Präsidentin Annemarie Lehmann findet es «eine Chance, dass die Modelldiskussion nun möglich ist». GB und FDP gehen allerdings mit gegensätzlichen Zielsetzungen in die Debatte: Während das GB die Existenz einer Vielzahl von möglichst durchlässigen Modellen befürwortet, setzt sich die FDP für ein Einheitsmodell und die Förderung Begabter ein. Dass strittige Fragen nun überhaupt diskutiert werden können, wird von Kurt Hirsbrunner (SVP) begrüsst. Und Verena Furrer-Lehmann (Fraktion GFL/EVP) findet den Aufschub «das kleinere Übel» als eine «Debatte unter Zeitdruck».

Selbst aus der SP wird nun erstmals Kritik an der «eigenen» Gemeinderätin laut. «Ich begrüsse, dass das neue Schulreglement nicht in diesem engen Zeitplan abgewickelt werden muss», sagt Stadträtin **Corinne Mathieu**, die sich als Vertreterin einer SP-Minderheit sieht. Es sei wichtig, den Abbau der Oberstufenstandorte nochmals zu überprüfen, zumal die Gefahr bestehe, dass die Modellvielfalt in der Realität verloren gehe. ·

[Bild walter pfäffli](#)

Von der Politik eingeholt: Schuldirektorin Edith Olibet (SP).

Kommentar

Veto der Politik

· Bernhard Ott

Innerhalb von drei Wochen hätte die Politik das neue Schulreglement verabschieden sollen. SP-Schuldirektorin Edith Olibet zeigte sich bis zuletzt zuversichtlich, dass die Geschäftsprüfungskommission (GPK) und der Stadtrat der Vorlage zustimmen. Schliesslich sei das Reglement in der Vernehmlassung «grossmehrheitlich nicht bestritten» worden. Und bei der Opposition gegen den Abbau der Oberstufen in den Schulhäusern Bitzios und Brunnmatt handle es sich bloss um «Partikularinteressen». Die Schuldirektorin hat sich mit dieser Einschätzung arg getäuscht. Die Zeche bezahlen nun die Schulen, die angewiesen wurden, nach dem neuen Reglement zu planen, das durch die GPK nun aufgeschoben wurde.

Das planerische Vorprellen hat die politischen Geister aufgeweckt. Die FDP sprach von einem «anmassenden», die SVP von einem «undemokratischen» Vorgehen. Der Erhalt der Oberstufen in den Schulhäusern Bitzios und Brunnmatt wurde zum Politikum. Edith Olibet argumentierte stets mit den sinkenden Schülerzahlen, die eine Reduktion der Oberstufen nötig machen würden. Dabei verhärtete sie sich zusehends und vergass das politische Lobbying für ihre Vorlage. Nun hat die GPK die Notbremse gezogen. Das Geschäft verschiebt sich um ein Jahr. Das Veto der Politik bietet auch eine Chance für die Schuldirektion. Auf dass nun ein mehrheitsfähiges Schulreglement zu Stande kommt.